



Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt

Datum: Donnerstag, 25.05.2023

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Ort: Alte Gärtnerei, Beratungsstelle von fuer-ein-ander – Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. Kreis Warendorf, Lippweg 9, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist für die Öffentlichkeit auf den öffentlichen Teil der Sitzung beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 2 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 30.03.2023 – öffentlicher Teil –
- 3 Bericht der Verwaltung
- 4 Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 2023/0135
- 5 Fortschreibung des Inklusionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Stadt Beckum 2023
Vorlage: 2023/0134
- 6 Erstellung eines kommunalen Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gemäß Istanbul Konvention – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2022
Vorlage: 2023/0133
- 7 Aufbau eines Integrationsmanagements in Beckum
Vorlage: 2023/0129
- 8 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Nicht öffentlicher Teil:

- 1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 30.03.2023 – nicht öffentlicher Teil –
- 2 Bericht der Verwaltung
- 3 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Karin Burtzlaff

CDU-Fraktion

Kathrin Averdung

Dieter Beelmann

Vertretung für Herrn Christian Weber

Josef Schumacher

Vertretung für Frau Theresia Gerwing

CDU-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Ansgar Rieskamp

Vertretung für Frau Ulrike Spiggelkötter

Klaus Schöttler

SPD-Fraktion

Felix Brinkmann

Sigrid Himmel

SPD-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Jessica Dreyszas

Vertretung für Herrn Christopher Ottenlips

Heinz Jürgen Meyer

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ute Zeyn

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Ingeborg Seliger

FWG-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Britta Kadatz

Beratende Mitglieder

Thomas Feldmann

Verwaltung

Monika Björklund

Hanna Giesen

Maria Heumann

Martin May-Neitemann

Marei-Liselotte Radke

Olaf Schulte

Nicht anwesend

CDU-Fraktion

Theresia Gerwing

Christian Weber

CDU-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Ulrike Spiggelkötter

SPD-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Christopher Ottenlips

FDP-Fraktion

Karl-Heinz Przybylak

Beratende Mitglieder

Silvia Böning Antunes

Kirsten Zander

Protokoll

Frau Burtzloff eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Frau Burtzloff begrüßt Herrn Daniel Teigeler, kaufmännischer Geschäftsleiter, und Frau Sarah Steffens, Fachleitung Familienunterstützender Dienst in der Alten Gärtnerei. Herr Teigeler stellt den Verein fuer-ein-ander, Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. Kreis Warendorf, kurz vor. Der Verein ist Träger der Alten Gärtnerei mit den vielfältigen unterstützenden Angeboten, des Schwester-Blanda-Hauses, einer besonderen Wohnform für erwachsenen Menschen mit Behinderungen, und neuerdings auch eines Wohnhauses des sozialen Wohnungsbaus mit 11 Wohnungen an der Dr. Max-Hagedorn-Straße. Anschließend erläutert Frau Steffens die Angebote der Alten Gärtnerei, den Familienunterstützenden Dienst, der die Eltern entlastet, den offenen Treff, Angebote zur Einzelbetreuung, und den ambulanten unterstützenden Dienst, der die Selbständigkeit der derzeit 36 Klienten fördert.

Anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, stellt sie das neue Projekt INKLUEVO vor, das die Stärkung des Bildungsangebotes für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen zum Ziel hat.

Öffentlicher Teil:

1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es liegen keine Anfragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern vor.

2 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 30.03.2023 – öffentlicher Teil –

Es werden keine Einwendungen erhoben.

3 Bericht der Verwaltung

Bericht zur Situation der Flüchtlinge

Herr Schulte erläutert die Zuzüge von Flüchtlingen. Aus der Ukraine war im letzten Jahr ein sprunghafter Anstieg der Zahlen aufgrund der Kriegssituation zu verzeichnen. In diesem Jahr stellen sich die Zahlen der in Beckum lebenden ukrainischen Flüchtlinge konstant bis leicht sinkend dar, derzeit leben hier 448 Personen. Die Beckum erreichenden Zuweisungen an Flüchtlingen – sowohl Ukrainerinnen und Ukrainer als auch aus anderen Nationen – zeigen sich seit Beginn des letzten Jahres stark schwankend, in den letzten Wochen wurden keine Personen zugewiesen. Insgesamt wurden seit dem 01.01.2022 111 Ukrainer und 61 weitere Flüchtlinge zugewiesen. Die Zuweisungsquote liegt relativ konstant bei circa 95 Prozent, was einer rechnerischen Aufnahmeverpflichtung von derzeit 33 Personen entspricht.

Weiter stellt Herr Schulte die Belegung der Übergangsheime dar. Die städtischen Übergangsheime sind derzeit relativ voll belegt, hier sind aktuell 8 freie Plätze vorhanden. Er weist auf den erheblichen Investitionsbedarf in diesen Häusern hin. Im Schwesternwohnheim am Krankenhaus, das der Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten dient und das zwischenzeitlich fast voll belegt war, sind jetzt wieder 83 Plätze frei, was die anstehende Aufgabe des Wohnheims erleichtert.

Hinzu kommen zahlreiche durch die Stadt angemietete Wohnungen, derzeit sind dies 49 Wohnungen.

Herr Schulte stellt die neu geschaffenen und circa Ende Juli bezugsfertigen Unterbringungskapazitäten in den Wohncontainern auf dem Parkplatz Römerkampfbahn vor.

Frau Zeyn fragt im Hinblick darauf, dass diese Container ja eine Übergangslösung darstellen, ob die Stadt plane, weitere Übergangsheime als feste Bauten zu schaffen. Herr Schulte antwortet, dass Übergangsheime, auch als feste Bauten, immer Übergangslösungen sind. Daher hält er es für sinnvoller, den sozialen Wohnungsbau in den Blick zu nehmen, um dauerhafte Perspektiven zu schaffen. Frau Seliger erkundigt sich, ob in den Containern ein Sozialraum für Kinder geplant sei. Herr Schulte erläutert, dass die Planung ohne einen Aufenthaltsraum erfolgte, da es wichtiger war, die Plätze zu schaffen. Aufgrund der derzeit entspannten Situation werden nun aber 2 Räume dafür freigehalten, eventuell können hier Angebote von Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern stattfinden.

Auf die Frage von Herrn Meyer stellt Herr Schulte klar, dass die freien Kapazitäten keine absolute Zahl darstellen, sondern dass die tatsächliche Belegung immer von den zuziehenden Familienkonstellationen abhängt.

Neubürgerbroschüre in leichter Sprache

Herr Schulte greift die Diskussion aus der Ausschusssitzung vom 28.09.2022 wieder auf, in der die Broschüre in leichter Sprache als zu lang, zu ausführlich und mit sachlichen Fehlern behaftet eingeschätzt wurde. Herausgebende Stelle der Neubürgerbroschüre ist das Büro des Bürgermeisters, das sich der Unterstützung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung und der Übersetzung durch ein Fachbüro bedient. Frau Berges vom Büro des Bürgermeisters hat die Anregungen aus dem Ausschuss sehr ernst genommen, sie sieht aber keine Möglichkeit, die übersetzte Broschüre zu kürzen, da bereits das Ausgangsdokument sehr umfangreich ist. Derzeit werden Aktualisierungen vorgenommen. Die bereits gedruckte Auflage von 30 Stück wird im Bürgerbüro vorgehalten und bei Bedarf ausgegeben.

Frau Zeyn verweist auf die Homepage der Stadt Köln mit der dort hinterlegten Broschüre. Sie schlägt vor, sich auf 2 oder 3 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu beschränken.

Im Ausschuss wird angeregt, Frau Berges nach den Sommerferien in die Sitzung einzuladen, damit sie die Neubürgerbroschüre in leichter Sprache vorstellt. Herr Brinkmann bittet darum, dass dem Ausschuss die Broschüre vorab in digitaler Form zur Verfügung gestellt wird.

Stärkungspakt

Herr Schulte nimmt Bezug auf den Bericht der Verwaltung in der letzten Sitzung. Die Höhe der Unterstützungsleistung, die der Stadt Beckum zufließt, beträgt 187.488,00 Euro. Die angekündigte Öffentlichkeitsarbeit wurde mittlerweile durch Veröffentlichungen auf der Internetseite der Stadt Beckum, in der Tagespresse, auf dem Infoportal „Dein Beckum“ und in den sozialen Medien umgesetzt. Die Frist zur Antragsabgabe wurde auf den 15.05.2023 gesetzt. Bisher sind 5 Anträge von Vereinen und Verbänden eingegangen, zudem 3 Anträge auf Einzelfallhilfen.

Die hieraus resultierenden Ausgaben werden circa 15.000,00 Euro für die Vereine und Verbände und circa 25.000,00 Euro für die Einzelfallhilfen betragen. Da somit noch ein hoher Geldbetrag nicht verplant ist, der dann später an das Land zurücküberwiesen werden müsste, wird nun erneut die Öffentlichkeit informiert und die Frist bis zum 23.06.2023 verlängert. Auf die Frage von Frau Averdung, warum trotz gezielter Ansprache das Interesse so gering ist und ob vielleicht die Hürden zu hoch sind, bestätigt Herr Schulte, dass der Handlungsspielraum tatsächlich sehr gering ist, es darf beispielsweise keine Doppelförderung oder keine Förderung von Personal- oder Investitionskosten geben.

Freiwillige soziale Leistungen

Herr May-Neitemann nimmt Bezug auf den Bericht der Verwaltung in der letzten Sitzung. Die Fördermöglichkeiten nach den neu gefassten Richtlinien wurden mittlerweile veröffentlicht, im Serviceportal der Stadt Beckum sind die Richtlinien und ausfüllbare Anträge hinterlegt. Es liegen bereits erste Anträge vor.

Fest der Kulturen

Herr May-Neitemann teilt mit, dass das Fest der Kulturen, wie mit dem Arbeitskreis vereinbart, am 10.09.2023 ab 13 Uhr auf dem Westenfeuermarkt stattfinden wird. Die Genehmigungen liegen vor, nun wird das Bühnen- und Rahmenprogramm erstellt.

Gleichstellung

Frau Björklund berichtet, dass am 06.05.2023 der Frühlingsempfang des Kreisfrauenforums in Telgte stattfand. Thematisch ging es um die Ziele und Herausforderungen der Istanbul Konvention und um die anonyme Spurensicherung. Referent für das Thema anonyme Spurensicherung war der ehemalige Opferschutzbeauftragte im Kreis Warendorf, Herr Andreas Schröder, der jetzt im Kreis Gütersloh tätig ist.

Der Runde Tisch hat sich im letzten Jahr auf eine Umbenennung geeinigt. Statt des bisherigen Namens „Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kindern im Kreis Warendorf“ heißt er nun „Runder Tisch zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Kreis Warendorf“. Die Umbenennung erfolgte analog der Istanbul Konvention und ist zwar sperriger, aber treffender. Die Umsetzung, so auch die Entwicklung eines neuen Logos und die Anpassung der Homepage, soll mit Fördermitteln des Landes erfolgen. Parallel sind weitere Projekte geplant.

Belange der Menschen mit Behinderung

Frau Björklund teilt mit, dass der Tag der Begegnung in diesem Jahr nicht durchgeführt wird. Im kommenden Jahr wird er am 25.05.2024 stattfinden.

Die Aktion Mensch hat in einer aktuellen Studie festgestellt, dass ein Großteil der Spielplätze in Deutschland für Kinder mit Behinderung nicht geeignet ist. Fast 80 Prozent wiesen keine Merkmale auf, die ein gemeinsames Spielen von Kindern mit und ohne Behinderung erlauben. Diese Studie ist unter folgender Adresse zu finden:

<https://aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/studie-spielplaetze.pdf?v=c3080e37>

Weiter beantwortet Frau Björklund eine Frage aus der letzten Sitzung inwieweit die Freckenhorster Werkstätten bei Auftragsvergaben der Stadt Beckum berücksichtigt werden. Dies erfolgt laut Mitteilung der Städtischen Betriebe Beckum bereits seit 2007 zur Unterstützung in der Grünflächenpflege; der letzte Vertrag wurde am 17.02.2022 geschlossen. Frau Björklund nennt die einzelnen Objekte und Straßen, die durch die Freckenhorster Werkstätten betreut werden.

Letztlich teilt Frau Björklund noch mit, dass sie ihre Stundenzahl reduziert hat, was dazu führt, dass sie nun mit 5 statt wie bisher mit 9 Stunden als Beauftragte für Menschen mit Behinderung tätig ist. Auf die Gleichstellung entfallen 25 Stunden.

4 Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Vorlage: 2023/0135

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

5 Fortschreibung des Inklusionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Stadt Beckum 2023

Vorlage: 2023/0134

Frau Björklund gibt einen kurzen Überblick entsprechend der Beschlussvorlage. Sie weist auf 2 redaktionelle Änderungen hin, die Schreibfehler betreffen. 2 weitere Änderungen ergeben sich daraus, dass Änderungen in der Zuständigkeit gemeldet wurden. Die Änderungen lauten:

- Auf Seite 10 heißt es Bundesbehindertengesetz – BBG statt BGB
- Bei Maßnahme 22 (Seite 30) wird in der Spalte Referenz zum Inklusionsplan Nr. 43 und nicht Nr. 13 festgehalten
- Bei Maßnahme 6 (Seite 26) wird der FD 37 aus der Zuständigkeit gestrichen. Das stellt kein Problem dar, da der FB 3 in der Zuständigkeit genannt ist.
- Bei Maßnahme 14 (Seite 28) wird der FB 6 aus der Zuständigkeit gestrichen, da FB 6 die alleinige Zuständigkeit beim FB 3 sieht.

Herr Brinkmann greift das Thema Spielplätze auf, die nach seiner praktischen Erfahrung nicht inklusiv sind. Er fragt, warum keine Maßnahme zu Spielplätzen im Inklusionsplan zu finden sind, warum das so ist und ob das geändert werden kann. Frau Björklund entgegnet, dass Spielplätze nicht explizit erfasst sind, aber unter Maßnahme 22 fallen. Frau Burtzlaff merkt an, dass Spielplätze doch in die Zuständigkeit des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien fallen. Herr Brinkmann bekräftigt, dass Spielplätze sehr wichtig sind, daher hätte er sich eine Erwähnung gewünscht. Frau Burtzlaff stellt die Überlegung an, ob man dies eventuell nachholen kann, denn schließlich lebt der Inklusionsplan ja durch Aktualisierungen. Frau Seliger schlägt vor, erst einmal in jedem Stadtteil mit einem inklusiven Spielplatz zu beginnen, man kann herausfinden, welche Plätze die am stärksten frequentierten sind. Herr Rieskamp macht sich eine Notiz für das Dorffinnenentwicklungskonzept (DIEK).

Herr Schulte verweist auf die Beratungsfolge und fragt, ob die Spielplätze als eigene Maßnahme eingefügt werden sollen. Frau Zeyn spricht sich dafür aus. Frau Burtzlaff weist nochmals darauf hin, dass die Spielplätze ja bereits enthalten sind.

Herr Schulte schlägt vor, die Maßnahme 22 so zu lassen, aber eine Ergänzung einzufügen und fragt, welcher Zeitraum gewählt werden solle; Maßnahme 22 hat den Zeitrahmen „kurzfristig, um in eine Daueraufgabe zu münden“. Diesen Zeitrahmen sieht auch Herr Brinkmann so. Frau Burtzloff greift die Anregung auf, den Inklusionsplan nicht zu ändern, aber die Spielplätze als Bemerkung einzufügen.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Fortschreibung des Inklusionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Stadt Beckum 2023 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Auf Seite 10 heißt es Bundesbehindertengesetz – BBG statt BGB.

Bei Maßnahme 22 (Seite 30) wird in der Spalte Referenz zum Inklusionsplan Nr. 43 und nicht Nr. 13 festgehalten.

Bei Maßnahme 6 (Seite 26) wird der FD 37 aus der Zuständigkeit gestrichen.

Bei Maßnahme 14 (Seite 28) wird der FB 6 aus der Zuständigkeit gestrichen.

Bei Maßnahme 22 (Seite 30) werden Spielplätze in die Anmerkung aufgenommen.

Kosten/Folgekosten

Die Umsetzung verschiedener Maßnahmen können nicht kostenfrei umgesetzt werden. Die Maßnahmen und dazugehörigen Finanzierungsstränge werden von den zuständigen Organisationseinheiten im Rahmen des Umsetzungszeitraumes eigenständig berücksichtigt.

Finanzierung

Die Finanzierung der Maßnahmen wird im Rahmen der Aufstellung, Beratung und Verabschiedung der jeweiligen Haushalte zu erörtern sein.

Abstimmungsergebnis:

geänderte Beschlussempfehlung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

6 Erstellung eines kommunalen Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gemäß Istanbul Konvention – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2022

Vorlage: 2023/0133

Frau Björklund fasst einleitend die Ausführungen laut Vorlage zusammen, wonach die Verwaltung empfiehlt, den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag nicht in Form eines Aktionsplans umzusetzen, sondern näher erläuterte Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul Konvention zu ergreifen.

Frau Seliger zeigt sich erstaunt, wieviel Lücken es auf diesem Gebiet auch im Jahr 2023 noch gibt. Sie hält es für ein gutes Vorgehen zu schauen, welche Angebote es gibt, welche noch fehlen, und ein besonderes Augenmerk auf die Prävention zu richten. Wichtig sei es, etwas zu tun.

Herr Brinkmann legt dar, dass er sich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr gefreut hat und die Erstellung eines Aktionsplanes begrüßt. Entsprechend enttäuscht zeigt er sich über die Haltung der Verwaltung, die ihm, vorsichtig ausgedrückt, wie abspeisen vorkommt.

Die Ressourcen, sowohl finanziell wie personell, hätten geschaffen werden können und müssen, man hätte Fachpersonal heranziehen können. Er sieht die Pflicht, dieses Thema hoch aufzuhängen. Herr Meyer unterstützt Herrn Brinkmann und kritisiert den langen Zeitablauf. Ein Runder Tisch hätte sofort ins Leben gerufen werden müssen. Auch Frau Dreyszas hält die Schaffung von Ressourcen wichtig, ebenso, die Kompetenzen der verschiedenen Vereine und Institutionen zusammenzuführen und zu nutzen.

Frau Averdung stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu und erläutert dies näher. Sie hat sich den Aktionsplan der Stadt Oldenburg angeschaut, der über 300 Seiten umfasst, und gibt zu bedenken, wieviel Arbeit in die Erstellung eines solchen Papiers gesteckt werden muss. Aber auch dann hat man erst einmal nur ein schriftliches Ergebnis und noch keinen Schritt in die Umsetzung getan. Daher hält sie es für sinnvoll, Gespräche zu führen, sich zusammzusetzen und Projekte zu entwickeln. Frau Averdung sieht aber auch das Dilemma, dass eine Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung eine Ablehnung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedeutet, was sie so nicht möchte. Denn sie betont die Notwendigkeit die Ziele der Istanbul Konvention nach und nach umzusetzen und befürwortet entsprechende Maßnahmen ausdrücklich.

Diesen Argumentationen kann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgen und sieht Vorteile im Vorschlag der Verwaltung.

Nach kurzer Diskussion einigte sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf ihren Antrag vom 17.02.2022 umzuformulieren. Er lautet:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Erstellung einer kommunalen Projektentwicklung gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gemäß der Istanbul Konvention mit den entsprechenden Vorbereitungsphasen und Netzwerkarbeiten.“

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner neuen Form wird angenommen und entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung laut Beschlussvorlage umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

7 Aufbau eines Integrationsmanagements in Beckum **Vorlage: 2023/0129**

Frau Radke, Integrationsmanagerin der Stadt Beckum, und Frau Giesen, Sozialplanerin der Stadt Beckum, geben einen Überblick über ihre Arbeit zum Aufbau eines Integrationsmanagements und beantworteten einige Fragen. Die verwendete Power-Point-Präsentation ist diese Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Frau Burtzlaff bedankt sich für den Vortrag.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

8 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es werden keine Anfragen gestellt.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 13.06.2023

gezeichnet
Karin Burtzlaff
Vorsitz

Beckum, den 12.06.2023

gezeichnet
Maria Heumann
Schriftführung